

der Wolga auf die Reise geschickt. Er ließ die Waggonen unverzüglich stoppen und zurückbeordern. „Lieber noch einmal 18 000 Rubel pro Waggon für den Rücktransport an die Eisenbahn zahlen, als zehn Millionen Rubel aus Samara kassieren, die bei der Ankunft in St. Petersburg nur noch halb soviel oder weniger wert sind.“

Lebedew hat die Hälfte seiner 300 Mitarbeiter bereits entlassen. Seine ausländischen Lieferanten haben zwar zugesagt, ihm bei der Umschuldung zu helfen, doch es fehlt ihm langfristig an Kapital, um den Betrieb fortzuführen.

Daß die großen Containerterminals im Frachthafen plötzlich wie leergefegt und die früher notorisch verstopften Grenzübergänge nach Finnland über Nacht verwaist sind, das ist für Lebedew ein böses Omen: „St. Petersburg war immer Rußlands Fenster nach Westeuropa, jetzt ist das Fenster zugeschlagen.“

Der neue Unternehmerstand, so hatte Präsident Boris Jelzin noch im Frühjahr frohgemut in Moskau erklärt, sei der Motor der neuen Wirtschaft, „die Grundlage für Rußlands Stabilität“ und das „sicherste Bollwerk gegen alle revolutionären Erschütterungen“. Wenn das so stimmt, dann ist es um Rußlands Zukunft schlecht bestellt.

Zuverlässiges Signal für kommendes Ungemach: Viele jüdische Unternehmer haben ihre Läden und Firmen – zum Teil zu Ramschpreisen – verkauft, um sich ins Ausland abzusetzen. Der Regierungswechsel in Moskau sei „wie die ersten Monate des Revolutionsjahres 1917“, menetekelt ein bekannter Kaufmann, „die Roten werden uns wieder an den Kragen gehen“.

Der akademische Teil der St. Petersburger Mittelschicht dagegen fühlt sich indes unter der neuen Moskauer Führung ganz gut aufgehoben. Die alte Intelligenzija, die sich unter den Jelzin-Reformern verarmt und zu Proletariern herabgestuft fühlte, sieht in dem neuen Ministerpräsidenten, dem Professor Jewgenij Primakow, einen der Ihren.

Die Bildungsbürger bewerten den Premier nach ihren eigenen Kriterien. „Endlich ein Regierungschef, der ein sauberes und vornehmes Russisch spricht“, sagt Galina Ossinskaja, Abteilungsleiterin im Russischen Museum. Sie hofft, daß die klassischen architektonischen Schönheiten von St. Petersburg, die seit der Wende doch sichtbar verkommen sind, wieder die Förderung erfahren werden, die sie früher mal bekamen.

Sonst hat sie angeblich keine Sorgen. „Ich mache es wie unser Vater. 1941, bei Ausbruch des Krieges, haben die St. Petersburger Nudeln, Salz und Zucker gehortet, nur mein Vater nicht. Als er sich endlich zum Einkauf entschloß, waren die Läden leer. Nur Schokolade war noch zu haben, die hat er dann komplett aufgekauft.“ Auch jetzt gibt's noch Schokolade zu kaufen, nur doppelt so teuer wie vorher. ♦

TÜRKEI

Sei nicht stur

Obwohl sie wußte, daß sie sich dafür eine drakonische Strafe einhandeln würde, bekannte sich eine deutsche PKK-Aktivistin zum kurdischen Widerstand.

Der Ablauf ist immer der gleiche: Alle sechs bis acht Wochen, meistens dienstags früh, findet sich Doris Juhnke aus Hamburg vor dem Stahltor des Gefängnisses in der osttürkischen Stadt Muş ein. Sie wartet, bis sie aufgerufen wird, läßt sich zwei Stempel auf den Unterarm drücken und wird dann von einem Beamten in den Besucherraum geführt. Dort trifft sie, in einer grobmaschig vergitterten Koje, ihre Tochter, die gelernte Altenpflegerin Eva Juhnke, 33.

Das Gespräch findet im Stehen statt, das Gitter reicht bis in Kniehöhe. „Berühren kann man sich nicht“, sagt Doris Juhnke, „aber dafür kommt im Frauentrakt wenigstens Tageslicht durch die Fenster.“ Seit Anfang des Jahres hat sie ihre Tochter sechsmal besucht. Ihre Begegnungen werden seltener werden – weil sie die Reisekosten nicht mehr bezahlen kann.

Am Donnerstag vergangener Woche wurde Eva Juhnke vom Staatssicherheitsgericht in Van, 230 Kilometer östlich von Muş, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 15 Jahren Haft verurteilt. Der Schuldspruch folgte dem

* Mit einem Bild von PKK-Führer Öcalan.



Kurdische Guerrilla im Nordirak*: „Es lebe der



Inhaftierte Juhnke: Zum Jungfrauentest gezwungen

Antrag der Staatsanwaltschaft. Nach dem Strafgesetzbuch beträgt die Haftzeit in solchen Fällen mindestens zehn Jahre. Da die Zugehörigkeit zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aber als „Verbrechen gegen den Staat“ gewertet wird, gab das Gericht noch mal fünf Jahre dazu.

Weder die Angeklagte noch ihre Anwälte waren zur Verhandlung erschienen; sie boykottieren, wie einige hundert politische Häftlinge und deren Rechtsvertreter im ganzen Land, seit Anfang September die Staatssicherheitsgerichte.

Eva Juhnke bekennt sich seit ihrer Festnahme im Kampfgebiet an der türkisch-irakischen Grenze im Herbst letzten Jahres offen zur PKK. Eine mehrseitige Prozeßklärung, die sie dem Gericht am 19. März, unmittelbar vor dem höchsten kurdischen Feiertag, übergab, schloß sie mit der Bitte, „dem Genossen Vorsitzenden Abdullah Öcalan anlässlich des Newroz-

festes meine hochachtungsvollsten und revolutionären Grüße auszurichten“. Und: „Es lebe der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes.“

Was die Angeklagte tatsächlich getan hat, seit sie im Mai 1993 in die kurdischen Berge zog, ob sie selbst mitgeschossen hatte, das kam im Prozeß nie zur Sprache – dem Staatsanwalt reichte der Nachweis der PKK-Mitgliedschaft.

„Eine Kompromißlosigkeit wie bei Eva Juhnke kommt extrem selten vor“, sagt Helmut Oberdiek, Türkei-Experte von Amnesty International, „ein Fall wie sie schafft selbst für uns Probleme.“

Amnesty verwendet sich laut Satzung nur für die Freilassung von Häftlingen, die Gewalt als politisches Mittel ablehnen. Juhnkes Prozeßklärung ließ aber Gewaltbereitschaft erkennen: „Wo nicht das Wort spricht“, sagte sie, „da sprechen die Waffen.“

Die Anwälte wollen jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die grundsätzliche Legitimität der türkischen Staatssicherheitsgerichte anfechten. Die 17 Sondergerichtshöfe, die nach dem Militärputsch von 1971 eingerichtet, vorübergehend wieder aufgelöst und erst 1982 in der Verfassung verankert wurden, sind ein finsternes Relikt des Totalitarismus. Sie haben so gut wie alle politischen Skandalurteile der jüngeren türkischen Rechtsgeschichte gesprochen.

Mit einer Entscheidung zur Unabhängigkeit des Staatssicherheitsgerichtes Van im Fall Juhnke ist auf europäischer Ebene in frühestens fünf Jahren zu rechnen. Und ob sich Ankara an das Verdikt aus Straßburg halten wird, ist noch völlig offen.

Eva Juhnke hat berichtet, sie sei im Gefängnis mißhandelt worden. Einmal wurde ihr gedroht, man werde sie aus einem fliegenden Hubschrauber werfen. Unmittelbar nach ihrer Festnahme sei sie im Krankenhaus von Hakkari einem sogenannten Jungfrauentest unterzogen worden. Sechs oder sieben Gendarmen hätten sie nackt ausgezogen und sie während der Untersuchung durch einen Arzt festgehalten. Auf ihren Protest habe einer gesagt: „Sei nicht stur, hier ist nicht Deutschland, hier ist die Türkei.“

Staatsanwaltschaft und Gericht in Van weigerten sich jedoch, Ermittlungen gegen den Arzt und die Sicherheitskräfte aufzunehmen. Bei politischen Gefangenen, so erklärte Staatsanwalt Ali Sarisoy, würden stets routinemäßig Jungfrauentests durchgeführt.

„Auf diese Weise schützen wir uns gegen den Vorwurf, die Gefangene sei nach ihrer Festnahme vergewaltigt worden.“ Daß Eva Juhnke bis 1989 verheiratet war, spielte für die türkische Justiz keine Rolle. ♦



nationale Befreiungskampf“

J. WALKER / GAMMA / STUDIO X